



Bericht

des Landesbeauftragten für politische Bildung

Bericht zur politischen Bildung in der 18. Wahlperiode



LANDESBEAUFTRAGTER
FÜR POLITISCHE
BILDUNG

KIEL, 9. FEBRUAR 2017

Bericht zur politischen Bildung in der 18. Wahlperiode

Bericht zur politischen Bildung in der 18. Wahlperiode

Kiel, 9. Februar 2017

Vorwort

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
sehr geehrte Damen und Herren,

mit der Einrichtung des Amtes des Landesbeauftragten für politische Bildung zum Jahre 2015 wurde die institutionelle Struktur der politischen Bildung in Schleswig-Holstein reformiert. Die Landeszentrale für politische Bildung wurde in das Amt eines unabhängigen, direkt vom Schleswig-Holsteinischen Landtag für sechs Jahre gewählten Landesbeauftragten umgewandelt. Damit wurde der 2011 eingeschlagene Weg, die politische Bildung im Bereich der Legislative anzusiedeln, weiter fortgeführt. Die institutionelle Verortung der politischen Bildung beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages macht deutlich: Das Parlament ist der Ort der politischen Kontroversen und es ist Anspruch und Verpflichtung zugleich, diese Kontroversen angemessen in den überparteilichen Angeboten zur politischen Bildung deutlich werden zu lassen.

Der Bericht zeigt zunächst die Bedeutung politischer Bildung in fünf grundlegenden Handlungsfeldern auf. Anschließend dokumentiert er die Tätigkeit des Landesbeauftragten für politische Bildung entlang von sieben Themenfeldern. Den Projekten und Aktivitäten zur Landtagswahl 2017 ist ein eigenes Kapitel gewidmet. Der Bericht endet mit konkreten Handlungsempfehlungen für eine Weiterentwicklung und Stärkung der politischen Bildung in Schleswig-Holstein.

Laut § 7 des Gesetzes zur Einrichtung des Amtes eines oder einer Landesbeauftragten für politische Bildung (PolBiLBeauftrG SH) legt der Landesbeauftragte in jeder Wahlperiode einen Bericht über die Situation der politischen Bildung sowie seine Tätigkeit vor. Der Amtsantritt des ersten gewählten Landesbeauftragten für politische Bildung ist jedoch erst zum 1. Januar 2016 erfolgt. Aufgrund dieser besonderen Situation hat das Kuratorium des Landesbeauftragten für politische Bildung auf seiner Sitzung am 21. September 2016 einstimmig beschlossen, dass der Berichtspflicht in der 18. Wahlperiode durch einen verkürzten Tätigkeitsbericht genüge getan werden soll. Daher reicht der aktuelle Berichtszeitraum nur bis zum 1. Januar 2016 zurück.

Kiel, 9. Februar 2017



Dr. Christian Meyer-Heidemann

Landesbeauftragter für politische Bildung

Inhalt

1. Der Landesbeauftragte für politische Bildung

- 1.1 Ausstattung mit Personal- und Sachmitteln Seite 6
- 1.2 Kooperationspartner Seite 7

2. Handlungsfelder der politischen Bildung

- 2.1 Politische Bildung in der Schule Seite 10
- 2.2 Politische Bildung in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit Seite 12
- 2.3 Bürgerbeteiligung / Kinder- und Jugendbeteiligung Seite 14
- 2.4 Politische Bildung für Geflüchtete Seite 15
- 2.5 Politische Erwachsenenbildung Seite 16

3. Aktivitäten und Projekte in verschiedenen Themenfeldern der politischen Bildung

- 3.1 Grundfragen der politischen Ordnung Seite 18
- 3.2 Historisches Lernen und Gedenkstättenarbeit Seite 19
- 3.3 Bürgerschaftliches Engagement und kommunale Beteiligung Seite 21
- 3.4 Extremismusprävention Seite 23
- 3.5 Digitalisierung und Medienkompetenz Seite 24
- 3.6 Europäische und internationale Politik Seite 27
- 3.7 Landeskunde Schleswig-Holstein und nationale Minderheiten Seite 28

4. Projekte und Aktivitäten zur Landtagswahl 2017

4.1 jung & wählerisch	Seite 30
4.2 Wahl-O-Mat.....	Seite 30
4.3 Wahl-O-Mat zum Aufkleben	Seite 31
4.4 Juniorwahl	Seite 32
4.4 Diskussionsrunden in Kooperation mit dem <i>Verband politischer Jugend</i>	Seite 32

5. Handlungsempfehlungen

Seite 34

1.

Der Landesbeauftragte für politische Bildung

Der Landesbeauftragte für politische Bildung berät den Schleswig-Holsteinischen Landtag und die Landesregierung in Grundsatzangelegenheiten der politischen Bildung. Der Landesbeauftragte und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten unabhängig und überparteilich. Der Landesbeauftragte nimmt in Schleswig-Holstein die Aufgaben einer Landeszentrale für politische Bildung wahr. Er vertritt Schleswig-Holstein in Fragen der politischen Bildung auch auf Bundesebene, z. B. in Kooperationen mit der *Bundeszentrale für politische Bildung*.

Der Landesbeauftragte für politische Bildung macht Bildungsangebote für alle Bürgerinnen und Bürger. Er leistet einen Beitrag, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu stärken und die demokratische politische Kultur in Schleswig-Holstein zu beleben. Neben aktuellen politischen Fragen beschäftigen sich die Angebote auch mit landeskundlichen und historischen Themen. Die Angebote reichen von Bildungsprojekten für Jugendliche, Vorträgen, Seminaren und Diskussionsveranstaltungen bis hin zu Lesungen, Wettbewerben und Jugendbegegnungen.

1.1 Ausstattung mit Personal- und Sachmitteln

Seit Einrichtung des Amtes eines Landesbeauftragten für politische Bildung werden die Sach- und Personalmittel gesondert im Kapitel 06 des Einzelplanes 01 ausgewiesen.

Die Ausgangslage zu Beginn der Amtszeit des Landesbeauftragten für politische Bildung am 1. Januar 2016 stellte sich wie folgt dar: Neben dem Landesbeauftragten für politische Bildung war eine Referentenstelle (E14) besetzt, wobei dem Stelleninhaber die Stellvertretung des Landesbeauftragten für politische Bildung oblag. Für Sachbearbeitung standen drei E6-Stellen zur Verfügung, von denen eine vakant war. Die Sachmittel beliefen sich auf insgesamt 112.200 Euro, wobei der Titel für Maßnahmen zur Vertiefung der politischen Bildung mit 97.500 Euro ausgestattet war.

Die beiden besetzten E6-Stellen konnten aufgrund der Übertragung höherwertiger Aufgaben zum 1. Februar 2016 auf die Entgeltgruppe E8 an-

gehoben werden. Zum 1. Mai 2016 konnte aufgrund der Vakanz im Bereich der Sachbearbeitung ein weiterer Referent (E13, 75 % der Arbeitszeit) befristet bis Ende 2016 beschäftigt werden. Zum 1. September 2016 wurde ein Platz für ein Freiwilliges Soziales Jahr Politik eingerichtet und für die Laufzeit von einem Jahr besetzt.

Mit dem Haushaltsgesetz 2017 wurde eine dauerhafte Referentenstelle (E13) geschaffen. Die Sachmittel für Maßnahmen zur politischen Bildung wurden erhöht auf 280.000 Euro.

Im bundesweiten Vergleich der Ausstattungen der anderen Landeszentralen belegte Schleswig-Holstein zu Beginn des Jahres 2016 den letzten Platz. Durch die Erhöhung der Sachmittel ab 2017 hat sich die Situation in diesem Bereich verbessert und es bestehen angemessene finanzielle Möglichkeiten für Bildungsangebote und Kooperationen. Die Personalausstattung ist jedoch für eine adäquate Aufgabenwahrnehmung weiterhin sehr gering. Außerdem schränkt die derzeitige räumliche Unterbringung die Möglichkeiten zur Wahrnehmung der zu erfüllenden Aufgaben ein.

1.2 Kooperationspartner

In Schleswig-Holstein existiert eine Vielzahl von Einrichtungen, Institutionen und Orten politischer Bildung. Von staatlichen und kirchlichen Einrichtungen, den Schulen, über parteinahe Stiftungen, Sozialverbände, Bildungsstätten und Jugendringe bis zu ehrenamtlichen Initiativen und Vereinen lässt sich eine sehr vielfältige Landschaft politischer Bildung in Schleswig-Holstein ausmachen. Deren Akteure stellen mit sehr unterschiedlichen finanziellen und personellen Mitteln sowie verschiedenen Themenschwerpunkten politische Bildungsangebote bereit.

Der Landesbeauftragte für politische Bildung versteht es als eine zentrale Aufgabe, die Akteure der politischen Bildung in Schleswig-Holstein miteinander zu vernetzen und relevante Partnerinnen und Partner an einen Tisch zu bringen. Mit der Vernetzung der Akteure gehen häufig eine inhaltliche und finanzielle Kooperation mit dem Landesbeauftragten und die Entwicklung zeitlich und thematisch begrenzter Projekte einher. Vielfach werden systematische und langfristige Kooperationen angestrebt.

Exemplarisch und stellvertretend für viele Kooperationen sollen an dieser Stelle drei Kooperationen genannt werden:

1. Seit Amtsantritt des Landesbeauftragten für politische Bildung wird eine enge Zusammenarbeit mit der Regionalen Arbeitsgruppe Schleswig-Holstein der überparteilichen Vereinigung *Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.* gepflegt. Diese Kooperation hat im Berichtszeitraum zu verschiedenen gemeinsamen Veranstaltungen geführt. So konnte im April 2016 im Kreishaus in Heide ein Vortragsabend zu „Schleswig-Holstein im Kalten Krieg“ organisiert werden und im September 2016 wurde im Kieler Landeshaus der „Kampf um Anerkennung“ des NS-Völkermordes an den Sinti und Roma in der BRD thematisiert. Ebenfalls im Landeshaus wurde im November 2016 mit der *Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein e. V.* als weiterem Kooperationspartner auf einer Diskussionsveranstaltung nach der Zukunft der Gedenkstätten in Schleswig-Holstein gefragt. Ebenfalls in Kooperation mit *Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.* wurden in einer öffentlichen Veranstaltung die Ergebnisse der vom Landtag beauftragten Studie zu den personellen und strukturellen Kontinuitäten in Legislative und Exekutive nach 1945 präsentiert. Die erfolgreiche Zusammenarbeit mit *Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.* ist exemplarisch für die Unterstützung des ehrenamtlichen, überparteilichen Engagements durch den Landesbeauftragten für politische Bildung. Diese Kooperation wird auch in Zukunft fortgesetzt. Es sind bereits mehrere Veranstaltungen für 2017 geplant.

2. Als zweites bedeutsames Beispiel soll die Zusammenarbeit mit den parteinahen Stiftungen und Bildungsträgern in Schleswig-Holstein betont werden. Neben bilateralen Kooperationen mit den verschiedenen Stiftungen und Bildungsträgern ist vor allem die Veranstaltungsreihe „Die Zukunft der Parteiendemokratie“ hervorzuheben. Diese landesweite Reihe wurde vom Landesbeauftragten gemeinsam mit der *Hermann Ehlers Akademie*, der *Gustav Heinemann Bildungsstätte*, der *Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein*, der *Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit*, dem *Sydslesvigsk Oplysningsforbund* und der *Rosa-Luxemburg-Stiftung Schleswig-Holstein* durchgeführt. Eine in dieser Form übergreifende Kooperation mit *allen* parteinahen Stiftungen und Bildungsträgern hat es bisher nicht gegeben. Diese Kooperation steht exemplarisch für den überparteilichen Bildungsauftrag des Landesbeauftragten für politische Bildung. Eine Fort-

setzung der Veranstaltungsreihe zu diesem für alle Parteien bedeutsamen Thema ist für 2017 vorgesehen.

3. Als weiteres Beispiel ist die Kooperation mit dem *Offenen Kanal Schleswig-Holstein* zu nennen, der nahezu alle Veranstaltungen des Landesbeauftragten für politische Bildung aufgezeichnet hat und diese über sein Programm sowie seine Mediathek einem breiteren Publikum zugänglich macht. Darüber hinaus besteht eine wichtige inhaltliche Kooperation mit dem *Offenen Kanal* in den Themenfeldern Digitalisierung, Partizipation und Medienkompetenz. So hat der Landesbeauftragte im Rahmen der vom *Offenen Kanal* veranstalteten „Mediatage Nord 2016“ eine Tagung zu „Mehr Digitalisierung – Mehr Beteiligung?“ durchgeführt. In den genannten Themenfeldern wird eine langfristige inhaltliche Zusammenarbeit mit dem *Offenen Kanal* angestrebt. Die Kooperation soll zukünftig konkrete Angebote für Kommunen hervorbringen, um Kinder- und Jugendbeteiligung sowie kommunale Bürgerbeteiligungsverfahren zu befördern. Neben diesen drei exemplarisch aufgeführten Kooperationen ist die Beteiligung des Landesbeauftragten an verschiedenen Arbeitsgemeinschaften zu nennen, die die Vernetzung und Beförderung der politischen Bildung in Schleswig-Holstein zum Ziel haben. Hervorzuheben sind hier etwa die seit November 2016 vom Landesbeauftragten geleitete *AG Politische Kinder- und Jugendbildung* sowie das *Netzwerk Medienkompetenz*. Eine Übersicht über die Kooperationspartner des Landesbeauftragten für politische Bildung befindet sich unter: <http://www.politische-bildung.sh/partner.html>

2. Handlungsfelder der politischen Bildung

2.1 Politische Bildung in der Schule

Der politischen Bildung in der Schule kommt eine zentrale Bedeutung zu. Kennzeichnend für dieses Handlungsfeld sind zum einen die allgemeine Erreichbarkeit junger Menschen, zum anderen der überwiegende Pflichtcharakter und der hohe Grad an Formalisierung der Bildungsangebote.

Politische Bildungsprozesse werden sowohl durch den Fachunterricht der politischen Bildung als auch durch die allgemeinen Bildungsbestrebungen der Schule sowie innerschulische Beteiligungserfahrungen angeregt. Daher sollte in der Betrachtung der Ausgangslage und der Beurteilung der Bildungspotenziale grundlegend zwischen dem Fachunterricht und der allgemeinen Förderung der Demokratiekompetenz unterschieden werden. Beide Ansätze haben unterschiedliche Schwerpunkte und Bildungspotenziale und verhalten sich komplementär zueinander.

Der *Fachunterricht* der politischen Bildung an den *Gymnasien* findet in erster Linie im Fach Wirtschaft/Politik statt. Damit ist an den Gymnasien eine deutliche Verankerung der politischen Bildung in einem Schulfach gegeben, wobei andere Fächer, wie z. B. der Geschichtsunterricht, ergänzende Beiträge zur politischen Bildung leisten. Die Ausbildung der Wirtschaft/Politik-Lehrkräfte erfolgt in Schleswig-Holstein durch Studiengänge mit fundierten fachwissenschaftlichen Anteilen, die auf die fachlichen Herausforderungen der schulischen Curricula abgestimmt sind. Durch das Instrument der Kontingentstundentafel variieren die in der Sekundarstufe I tatsächlich unterrichteten Wochenstunden im Fach Wirtschaft/Politik und ebenso die Jahrgangsstufe, in der mit dem Fachunterricht Wirtschaft/Politik begonnen wird.

Der *Fachunterricht* der politischen Bildung an den *Gemeinschaftsschulen* hat hingegen keine eindeutige Verankerung in einem Schulfach. Im Bereich Gesellschaftswissenschaften integriert das Fach Weltkunde vor allem historische und geographische, aber mit geringerem Anteil auch politische Themen. Jedoch sind die Lehrkräfte des Faches Weltkunde überwiegend durch ein geschichtswissenschaftliches oder geographisches Lehramtsstudium ausgebildet. Die politischen Themen im Weltkun-

deunterricht werden daher in der Regel fachfremd unterrichtet und ihre tatsächlichen Anteile am Unterrichtsfach variieren deutlich. Erschwerend kommt hinzu, dass ebenfalls politische Inhalte an einigen Gemeinschaftsschulen innerhalb des Bereiches Arbeit, Wirtschaft, Technik im Fach Wirtschaft/Politik verortet sind. Dies zeigt, dass für die politische Bildung an den Gemeinschaftsschulen keine klare Fachzuordnung vorliegt. In Verbindung mit den Gestaltungsmöglichkeiten der Kontingentsstudentenafel ergibt sich ein äußerst heterogenes Bild der politischen Bildung im Fachunterricht der Gemeinschaftsschulen. Aufgrund der fehlenden Verbindlichkeit lässt sich der Umfang politischer Bildung an den Gemeinschaftsschulen auch administrativ nur schwer bestimmen.

Der *Fachunterricht* an den *Berufsschulen* findet im Fach Wirtschaft/Politik statt, das in der Regel zweistündig pro Woche unterrichtet werden soll. In der Lehramtsausbildung für dieses Fach besteht an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (Profil Handelslehrer) das strukturelle Problem, dass Studierende mit dem Erstfach Wirtschaftswissenschaften als zweites Schulfach nicht Wirtschaft/Politik wählen können. Dies führt in der Schulpraxis dazu, dass die politischen Inhalte im Fach Wirtschaft/Politik an den Berufsschulen überwiegend fachfremd unterrichtet werden.

Die *allgemeine Förderung der Demokratiekompetenz* bildet einen wichtigen komplementären Ansatz zum Fachunterricht der politischen Bildung. Diese Förderung ergibt sich aus dem allgemeinen Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule, insbesondere den pädagogischen Zielen (§ 4 SchulG). Hierzu können alle Schulfächer und fächerübergreifenden Bildungsangebote ihren Beitrag leisten. Da die Förderung der Demokratiekompetenz nicht rein kognitiv erfolgt, kommt den realen demokratischen Handlungsmöglichkeiten ein besonderer Stellenwert zu. Hier sind in erster Linie innerschulische Beteiligungsmöglichkeiten von Schülerinnen und Schülern wie z. B. Klassenrat und Schülervertretung sowie die Mitbestimmung von Elternvertretern zu nennen.

Außerdem sind für gelingende politische Bildungsprozesse und die Förderung der Demokratiekompetenz die Begegnung mit realer Politik und den dort handelnden Personen förderlich. Diese Begegnungen können außerschulisch erfolgen (z. B. durch Besuche des Landtags oder der Kommunalvertretungen) oder durch die Einladung von Politikerinnen und Politikern in Schulen. Der Erlass zur politischen Bildung in Schulen (Erlass des Ministeriums für Schule und Berufsbildung vom 6. Juli 2016) hebt die-

ses Bildungspotenzial hervor und zeigt Einbindungsmöglichkeiten von Politikerinnen und Politikern in Schulveranstaltungen auf. Es bleibt abzuwarten, ob die begrüßenswerte Intention des Erlasses zu einer tatsächlichen Ausweitung der Realbegegnungen mit Politikerinnen und Politikern in Schulen führt.

Im Berichtszeitraum lassen sich die Tätigkeiten des Landesbeauftragten für politische Bildung im Handlungsfeld *Politische Bildung in der Schule* wie folgt kennzeichnen: Projektbezogene Kooperationen (z. B. Jugend debattiert, Schule ohne Rassismus), Lehrerfortbildungen, Veranstaltung und Unterstützung von Fachtagen, Vorträge an Schulen, Vermittlung von Referentinnen und Referenten für Schulveranstaltungen sowie Schulprojekte mit Blick auf die Landtagswahl (siehe ausführlich im Kapitel 4).

Zukünftig ist im Handlungsfeld *Politische Bildung in der Schule* die Bereitstellung von landesbezogenen Bildungsmaterialien, insbesondere zur Landes- und Kommunalpolitik, durch den Landesbeauftragten für politische Bildung beabsichtigt, um bestehende Lücken in diesem Bereich zu schließen. Weiterhin sollen durch verschiedene Schulprojekte Impulse sowohl für den Fachunterricht als auch die allgemeine Förderung der Demokratiekompetenz gegeben werden. Die Verstetigung von projektbezogenen Kooperationen des Landesbeauftragten für politische Bildung (z. B. bei *Jugend debattiert*) ist vorgesehen. Eine weitere Stärkung und systematische Förderung der innerschulischen Beteiligungsmöglichkeiten erscheint wünschenswert.

2.2 Politische Bildung in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit

Mit ihren ca. 290 Jugendzentren und -treffs in Schleswig-Holstein stellt die Offene Kinder- und Jugendarbeit ein wichtiges Handlungsfeld der politischen Bildung dar. Die entscheidenden Kennzeichen des Handlungsfeldes bestehen in der Freiwilligkeit der Jugendlichen, sich an den Aktivitäten in den Treffs zu beteiligen, und den kaum formalisierten Angeboten in den Jugendzentren. Die Orte der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sind vergleichsweise offen und flexibel in Bezug auf mögliche Bildungsangebote.

Die besondere Beziehung der Pädagogen zu den Kindern- und Jugendlichen ist ein weiteres wichtiges Kennzeichen dieses Handlungsfeldes. Die freiwillige Teilnahme und die Freiräume in den Einrichtungen, die sich an den Interessen der Jugendlichen orientieren, ermöglichen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Jugendzentren ein vertrauensvolles Verhältnis zu den Kindern und Jugendlichen.

Weiterhin sind Jugendzentren und -treffs auch Anlaufpunkte für Jugendliche, die aus unterschiedlichen Gründen an anderen sozialen Aktivitäten von Jugendlichen nicht teilnehmen bzw. zu ihnen keinen Zugang haben. Diese Jugendlichen haben teilweise einen sozial prekären und bildungsfernen Hintergrund und sind für die politische Bildung außerhalb der Jugendzentren kaum erreichbar. Letztlich sollen die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit unter Einbeziehung der Jugendlichen selbst entstehen und sie zur Selbstbestimmung befähigen.

Somit bieten die Jugendzentren einerseits umfassende Möglichkeiten, verschiedene Angebote der politischen Bildung in einer flexiblen und persönlich offenen und vertrauensvollen Atmosphäre umzusetzen. Darüber hinaus sind sie aber auch Orte, an denen Jugendliche praktisch erfahren, was es bedeutet, an Entscheidungsprozessen beteiligt zu sein. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jugendtreffs sind daher wichtige Ansprechpartner, wenn es um Formen der kommunalen Kinder- und Jugendbeteiligung geht, unabhängig davon, ob diese projektbezogen oder institutionalisiert ist.

Der wichtigste Kooperationspartner in diesem Handlungsfeld ist das *Netzwerk OKJA-SH*, das ein Zusammenschluss aller haupt- und ehrenamtlichen Jugendpflegerinnen und -pfleger ist. Das *Netzwerk OKJA-SH* beteiligt sich an der beim Landesbeauftragten angesiedelten *AG Politische Kinder- und Jugendbildung*. Darüber hinaus haben verschiedene Austausch- und Planungsgespräche zur Kinder- und Jugendbeteiligung stattgefunden.

Beispiele für die Tätigkeiten des Landesbeauftragten für politische Bildung im Handlungsfeld *Politische Bildung in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit* waren im Berichtszeitraum die Fortbildung für Multiplikator:innen „Jep – Jugendarbeit ist politische Bildung“ sowie die Beteiligung an der Fortbildung für Moderatorinnen und Moderatoren in diesem Bereich. Darüber hinaus haben Vertreterinnen und Vertreter des *Netzwerks OKJA-SH* an dem Workshop „Politische Bildung mit Medien“ im Rah-

men des Medienkompetenztages 2016 und an der Tagung „Mehr Digitales – Mehr Beteiligung?“ im Rahmen der Mediatage Nord 2016 teilgenommen.

Perspektivisch sollen vom Landesbeauftragten für politische Bildung Materialien und Werkzeuge zur außerschulischen politischen Jugendbildung bereitgestellt werden. Diese sollen einerseits einen Schwerpunkt im Bereich der Kommunalpolitik haben, andererseits in der Kinder- und Jugendbeteiligung. Weiterhin sind unterschiedliche Projekte zur Kinder- und Jugendbeteiligung geplant, an denen Akteure aus dem Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit beteiligt sind. Zur Landtagswahl soll der *Wahl-O-Mat zum Aufkleben* ab April 2017 vor allem an Jugendzentren und Jugendtreffs zum Einsatz kommen. Darüber hinaus sind Kooperationen mit der *Jugendfeuerwehr Schleswig-Holstein* und der *Sportjugend Schleswig-Holstein* angedacht.

2.3 Bürgerbeteiligung / Kinder- und Jugendbeteiligung

Politische Bildung vermittelt nicht nur das Wissen über die Strukturen und Abläufe des politischen Systems sowie deren historischen Ursprung und normative Begründung, sondern umfasst immer auch die politische Praxis. Politik erschließt sich über die konkrete Beteiligung und die damit einhergehende Erfahrung, auf die Gestaltung des gemeinsamen Zusammenlebens Einfluss nehmen zu können. Politische Erfahrungen vermitteln eine konkrete Vorstellung des politischen Prozesses auf den unterschiedlichen Entscheidungsebenen des politischen Systems und stärken so die politische Urteilskraft. Mit dieser praktischen Erfahrung lassen sich politische Entwicklungen sowie die Möglichkeiten und Grenzen der Politik realistisch betrachten und zugleich kritisch beurteilen.

Die Gemeinden und Ämter in Schleswig-Holstein sind nach § 47 f der Gemeindeordnung verpflichtet, Kinder und Jugendliche in Planungen und Vorhaben, die deren Interessen berühren, in angemessener Weise zu beteiligen. Trotz einer steigenden Tendenz in den letzten zwei Jahren existieren lediglich in knapp 60 Städten und Gemeinden Kinder- und Jugendvertretungen (Stand 2016). Auch andere weniger institutionalisierte Beteiligungsformen sind nicht flächendeckend verbreitet. Ins-

gesamt kann eine sehr geringe Umsetzung des § 47 f GO konstatiert werden. Der Verpflichtung, Kinder und Jugendliche in Belangen, die sie betreffen, angemessen zu beteiligen und zu diesem Zweck entsprechende Verfahren zu entwickeln, wird in vielen Kommunen nicht hinreichend nachgekommen.

Neben konzeptionellen Überlegungen zur Bürgerbeteiligung allgemein, die auch auf der Tagung „Mehr Digitales – Mehr Beteiligung?“ im Rahmen der „Mediatage Nord 2016“ vertieft wurden, bestand 2016 ein Schwerpunkt in der Kinder- und Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene. Hier hat der Landesbeauftragte im Oktober 2016 an „PartizipAction! 9.o“, dem landesweiten Treffen aller Kinder- und Jugendbeiräte sowie -parlamente in Schleswig-Holstein, teilgenommen. Darüber hinaus wurde in der Gemeinde Hamdorf eine Initiative zur Kinder- und Jugendbeteiligung konzipiert und durchgeführt.

Im Vordergrund wird zukünftig neben der Unterstützung von Kinder- und Jugendbeiräten sowie -parlamenten die Entwicklung weiterer jugendgemäßer Beteiligungsverfahren stehen. Dies wird in enger Absprache mit den relevanten Kooperationspartnern durchgeführt. Vor allem wird angestrebt, die enge Zusammenarbeit mit dem zentralen Akteur in diesem Feld, dem Referat *Rechts- und Grundsatzangelegenheiten der Jugendhilfe, Jugendpolitik, Jugendförderung, Kinder- und Jugendschutz im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung* zu verstetigen und auszubauen.

2.4 Politische Bildung für Geflüchtete

Es besteht nach wie vor ein großer Bedarf an politischen Bildungsangeboten für nach Schleswig-Holstein geflüchtete Menschen. Hier gilt es, Angebote und Programme zu konzipieren und zu unterstützen, die den grundlegenden Orientierungsbedürfnissen von Geflüchteten entsprechen. Ebenfalls werden Bildungsangebote für Migrantinnen und Migranten, die schon länger in Schleswig-Holstein leben, benötigt. Dabei sollte nicht nur die allgemeine Vermittlung des politischen Systems in Deutschland im Vordergrund stehen, sondern auch eine konkrete Hilfestellung im Umgang mit Institutionen und Behörden. Vor allem

aber sollten die Bildungsangebote die Möglichkeit bieten, die wertebasierten Grundlagen des Zusammenlebens zu verstehen.

Im Berichtszeitraum wurde im Handlungsfeld *Politische Bildung für Geflüchtete* vor allem das Projekt *New Ways for Newcomers* konzipiert und finanziell unterstützt. Darüber hinaus hat sich der Landesbeauftragte an Bildungsangeboten anderer Träger, z. B. dem politischen Mentoring-Programm für Migrantinnen und Migranten der *Arbeiterwohlfahrt*, beteiligt.

Eine weitere inhaltliche und finanzielle Unterstützung des Projekts *New Ways for Newcomers* ist auch zukünftig vorgesehen. Schwerpunkt wird dort die Qualifizierung weiterer Multiplikatoren sein, um an mehreren Standorten in Schleswig-Holstein entsprechende Angebote machen zu können. Außerdem ist beabsichtigt, Videoclips zu produzieren, die geflüchteten Menschen die Orientierung in alltäglichen Situationen erleichtern sollen.

2.5 Politische Erwachsenenbildung

Das Handlungsfeld der politischen Erwachsenenbildung ist sehr heterogen. Grundsätzlich ist es geprägt durch eine Vielzahl an Institutionen, Akteuren und Formaten. Aber auch die Adressaten weisen höchst unterschiedliche Hintergründe und Interessen auf. Auch die zur Verfügung stehende Zeit sowie die Motivation, an politischen Bildungsangeboten teilzunehmen, sind innerhalb des Adressatenkreises sehr unterschiedlich ausgeprägt.

Grundsätzlich soll die politische Erwachsenenbildung Interesse für Politik wecken, historisches und systematisches Wissen vermitteln und die politische Urteilskraft stärken. Darüber hinaus beabsichtigt politische Bildung, die Bürgerinnen und Bürger zur Teilnahme an politischen Entscheidungsprozessen zu motivieren und zu befähigen.

Eine wesentliche Herausforderung besteht darin, Menschen zu erreichen, die sich weder bereits politisch engagieren noch bereits ein politisches Interesse mitbringen. Aber nicht nur diese grundsätzlich „politikfernen“ Bevölkerungsteile bilden eine schwer zu erreichende Zielgruppe, auch diejenigen, die „mitten im Leben stehen“ und in deren Tagesplanung politische Bildungsangebote mit Beruf, Familie, Sport, Kul-

tur und weiteren Freizeitangeboten konkurrieren, stellen für die politische Bildungsarbeit eine Herausforderung dar.

Das Angebot im Handlungsfeld *Politische Erwachsenenbildung* umfasste im Berichtszeitraum klassische Formate wie Vorträge, Seminare und Diskussionsveranstaltungen, aber auch Filmreihen, Lesungen und Ausstellungen. Bei allen Formaten wurde immer auch eine Diskussion mit dem Publikum angestrebt.

Das Engagement im Bereich der politischen Erwachsenenbildung soll verstetigt werden. Dabei soll eine regional gleichmäßige Verteilung der Veranstaltungen gewährleistet werden. Außerdem sollen Bildungsformate konzipiert und angeboten werden, die von den klassischen Formaten der Vortrags- und Diskussionsveranstaltung abweichen und beispielsweise auch kulturell-schöpferische Ausdrucksformen, wie z. B. szenische Lesungen oder Theaterstücke, umfassen. Es ist geplant, verstärkt niedrigschwellige Angebote zu konzipieren, um den Adressatenkreis zu erweitern. Außerdem wird angestrebt, mehr Erwachsene im berufstätigen Alter zu erreichen.

3.

Aktivitäten und Projekte in verschiedenen Themenfeldern der politischen Bildung

Der Landesbeauftragte für politische Bildung macht Bildungsangebote für alle Bürgerinnen und Bürger. Zu diesem Zweck müssen für unterschiedliche Zielgruppen und verschiedene Kontexte passende Formate entwickelt werden. Das Angebot soll hinsichtlich der regionalen Verteilung in Schleswig-Holstein möglichst viele Bürgerinnen und Bürger erreichen, außerdem wird angestrebt, Veranstaltungen auf unterschiedlichem Abstraktionsniveau anzubieten.

3.1 Grundfragen der politischen Ordnung

Die Vermittlung und Reflexion der Grundfragen unserer politischen Ordnung sind eine permanente Aufgabe politischer Bildung. Das Themenfeld *Grundfragen der politischen Ordnung* umreißt Aktivitäten und Projekte, die sich mit den zentralen Strukturen und Institutionen des politischen Systems in Deutschland und seinen tragenden Akteuren auseinandersetzen. Weiterhin werden die Werte und Normen, in denen die Strukturen und Institutionen gründen, thematisiert.

Die Grundfragen der politischen Ordnung wurden beispielsweise in der gemeinsam mit allen parteinahen Stiftungen und Bildungsträgern organisierten und landesweit durchgeführten Veranstaltungsreihe „Die Zukunft der Parteiendemokratie“ thematisiert. Im Rahmen der Auftaktveranstaltung im September 2016 wurde mit über 200 Gästen die Frage diskutiert, ob Parteien die politische Meinungs- und Willensbildung noch angemessenen abbilden oder ob sie angesichts eines Vertrauens- und Mitgliederverlustes nicht um alternative Konzepte zu ergänzen wären. Fortgesetzt wurde die Reihe in Regionalveranstaltungen in Eutin, Lübeck, Kiel, Elmshorn, Heide, Husum und Flensburg mit Themenabenden zu Sozialen Medien, Populismus, Volksparteien und direkter Demokratie.

Ebenso müssen die Grundlagen unserer politischen Ordnung denjeni-

gen verständlich gemacht werden, die als Geflüchtete nach Deutschland gekommen sind. Das Projekt *New Ways for Newcomers* setzt mit den Kursen „Demokratie und Menschenrechte“ sowie „Feminismus und Frauenrechte“ genau bei diesen Grundlagen an. Dieses Projekt wird von Lehrkräften getragen, die selbst einen Migrationshintergrund haben. Die Bildungsangebote werden in Arabisch, Dari, Farsi und Tigrinisch angeboten und von einem Deutschkurs begleitet.

Das hier beschriebene Themenfeld wird in unterschiedlichen Kontexten auch zukünftig von großer Relevanz bleiben. Konkret ist eine Fortsetzung der Konzeption und Unterstützung von Projekten, die politische Bildungsangebote für Geflüchtete und Migrantinnen und Migranten anbieten, beabsichtigt. Außerdem sollen zukünftig im Rahmen von *New Ways for Newcomers* politische Bildungsangebote für DaZ-Klassen gemacht werden. Durch die Qualifizierung weiterer Multiplikatoren soll das Angebot für die Vermittlung der Grundfragen politischer Ordnung auf mehrere Standorte ausgeweitet werden. Ebenso soll auch 2017 die Veranstaltungsreihe „Die Zukunft der Parteiendemokratie“ fortgesetzt werden. Des Weiteren wird es verschiedene Angebote zur Landtagswahl 2017 geben, die die Grundfragen der politischen Ordnung thematisieren (siehe Kapitel 4).

3.2 Historisches Lernen und Gedenkstättenarbeit

Historisches Lernen ist fester Bestandteil politische Bildung. Um politische Entscheidungen und Entwicklungen adäquat erfassen und beurteilen zu können, bedarf es historischer Kenntnisse um die Herkunft des politischen Gemeinwesens. In Deutschland meint dies vor allem das Wissen um den Zivilisationsbruch, den die Verbrechen in der Zeit des Nationalsozialismus markieren, und die Verantwortung, die damit für das Gemeinwesen insgesamt einhergeht.

In diesem Themenfeld standen im Berichtszeitraum Aktivitäten im Vordergrund, die in unterschiedlicher Form die Zeit des Nationalsozialismus thematisiert haben. Im Januar/Februar 2016 wurde gemeinsam mit dem *Ministerium für Schule und Berufsbildung* und dem *Kino in der Pumpe in Kiel* die Reihe „Propaganda. Das Kino der NS-Zeit“ durchgeführt. Ergänzt um Filme aus der Nachkriegszeit wurde die Reihe auf-

grund der großen Nachfrage im Oktober/November 2016 wiederholt. Im März 2016 fand in Rendsburg in Kooperation mit dem Landesverband Schleswig-Holstein der *Deutschen Vereinigung für politische Bildung* und dem *Jüdischen Museum Rendsburg* die Fachtagung „Jüdisches Leben heute“ statt, bei der Lehren und Lernen im Judentum, Gebräuche und Riten im jüdischen Alltag sowie die Ausgestaltung des heutigen Gemeindelebens im Mittelpunkt standen. Im Mai 2016 las die Lübecker Autorin Gabrielle Hannemann im Kieler Landeshaus aus ihrem Buch „Marisha. Das Mädchen aus dem Fass“. Das Buch erzählt die wahre Kindheitsgeschichte von Malka Rosenthal, die im Anschluss an die Lesung aus Israel per Videoübertragung zugeschaltet wurde. Sebastian Lotto-Kusche sprach im September 2016 im Landeshaus im Rahmen des gemeinsam mit *Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.* veranstalteten Vortragsabends „Kampf um Anerkennung“ über den Anerkennungsprozess des NS-Völkermordes an den Sinti und Roma in der Bundesrepublik.

Zentral in diesem Themenfeld sind die Aktivitäten des Landesbeauftragten im Zusammenhang mit den Gedenkstätten in Schleswig-Holstein. Der Landesbeauftragte hat im Laufe des Jahres 2016 verschiedene Gedenkstätten besucht und Gespräche zu möglichen Kooperationen mit den Einrichtungen der *Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein e. V.* geführt. Im November 2016 hat die Ministerin für Justiz, Kultur und Europa im Rahmen des Diskussionsabends „Wie weiter mit den Gedenkstätten? Fragen und Forderungen an die Landespolitik“ zur Umsetzung der Landesgedenkstättenkonzeption berichtet. Anschließend diskutierten Abgeordnete aller im Landtag vertretenen Parteien über die Zukunft der Gedenkstätten.

Eine Besonderheit im Themenfeld *Historisches Lernen* bildete die Herausgeberschaft eines Buches durch den Landesbeauftragten. Ingeburg Feddersen (Jahrgang 1924) aus Flensburg verfasste unter dem Titel „Meine manipulierte Jugend“ eine autobiographische Erzählung über das Aufwachsen im Nationalsozialismus. Die anschaulich geschriebenen Erinnerungen sind mit vielen Originaldokumenten und Fotos illustriert. Das Buch ist in gebundener Form Ende Dezember 2016 erschienen.

Gemeinsam mit *Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.* fand im Januar 2017 ein Vortrags- und Diskussionsabend zur „Landespolitik mit Vergangenheit“ statt. Prof. Dr. Uwe Danker präsentierte die im Auftrag des Landtages erstellte Studie „Geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung

der personellen und strukturellen Kontinuitäten nach 1945 in der schleswig-holsteinischen Legislative und Exekutive“ im Kieler Landeshaus einer breiten Öffentlichkeit.

Für 2017 sind bereits unterschiedliche Formate historischen Lernens geplant. Beispielsweise wird eine Vortragsreihe „Leben in der Utopie“, die sich anhand von Fotos und Erzählungen des Fotografen Siegfried Wittenburg kritisch mit dem Alltag in der DDR auseinandersetzt, an mehreren Schulen in Schleswig-Holstein angeboten. Die intensive Zusammenarbeit mit der überparteilichen Vereinigung *Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.* soll fortgeführt werden. Außerdem soll die Zusammenarbeit mit den Gedenkstätten verstetigt werden, um diese Erinnerungsorte stärker in das schleswig-holsteinische Bewusstsein zu rücken und sie vor allem für jüngere Zielgruppen bekannter zu machen.

3.3 Bürgerschaftliches Engagement und kommunale Beteiligung

Politische Bildung umfasst immer die politische Praxis und die damit verbundene Erfahrung, an der Gestaltung der gemeinsamen Angelegenheiten partizipieren zu können. Die Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen vermittelt einerseits ein konkretes Verständnis von Politik. Andererseits ist die Demokratie auf Bürgerinnen und Bürger angewiesen, die durch ihr Engagement die Demokratie mit Leben füllen. Eine bedeutende Aufgabe politischer Bildung besteht somit in der Förderung verschiedener Formen der Bürgerbeteiligung.

Den Schwerpunkt in diesem Zusammenhang hat 2016 die kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung gebildet. Im Rahmen einer Initiative in der Gemeinde Hamdorf wurde ein kommunaler Beteiligungsprozess von Kindern- und Jugendlichen begleitet, um die Bemühungen vor Ort zu unterstützen. Hieraus wurden Erkenntnisse gewonnen, die auch anderen Kommunen zur Verfügung gestellt werden können. Konkret wurde im Mai 2016 in Hamdorf eine Vorbereitungs- und Informationsveranstaltung durchgeführt, an die sich weitere Planungstreffen mit Jugendlichen angeschlossen haben. Im Juni 2016 wurde eine Jugendversammlung vor Ort durchgeführt, auf der die Jugendlichen ihre Anliegen geäußert und diskutiert haben. Bereits auf der Versammlung wurden

Projektgruppen gebildet, die über die Sommerferien einige Anliegen umgesetzt haben. Im Oktober 2016 wurden mit den Jugendlichen und im Anschluss mit Gemeindevertretern über Verstetigungsmöglichkeiten beraten. Denkbar sind Beteiligungsinitiativen der Jugendlichen aus dem wieder eröffneten Jugendraum sowie regelmäßig von der Gemeinde organisierte Jugendversammlungen.

Im Rahmen des „Medienkompetenztages 2016“ wurde ein Workshop zu „Politische Bildung mit Medien“ geleitet, der einen Schwerpunkt in den digitalen Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder- und Jugendliche hatte. Außerdem wurde während der „Mediatage Nord 2016“ eine Tagung zu „Mehr Digitalisierung – Mehr Beteiligung?“ durchgeführt, auf der das Thema Kinder- und Jugendbeteiligung aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet wurde. Weiterhin hat sich der Landesbeauftragte im Oktober 2016 an „PartizipAction! 9.o“ beteiligt, dem landesweiten Treffen aller Kinder- und Jugendbeiräte sowie -parlamente in Schleswig-Holstein. Darüber hinaus stand der Landesbeauftragte in regem Austausch mit den entscheidenden Akteuren und Multiplikatoren der kommunalen Kinder- und Jugendbeteiligung in Schleswig-Holstein. Hervorzuheben wären hier neben der zentralen Stelle, dem *Referat Rechts- und Grundsatzangelegenheiten der Jugendhilfe, Jugendpolitik, Jugendförderung, Kinder- und Jugendschutz im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung*, die *Aktion Kinder- und Jugendschutz Schleswig-Holstein*, der *Landesjugendring Schleswig-Holstein e. V.* sowie verschiedene Kreisjugendringe.

Zukünftig soll aus den Ergebnissen der Auswertung der Initiative zur Kinder- und Jugendbeteiligung, bereits vorhandenem Informationsmaterial, den wertvollen Hinweisen der verschiedenen Akteure in diesem Feld in Schleswig-Holstein und nicht zuletzt der Kinder- und Jugendlichen selbst eine App entstehen, die sowohl Informationen zur Kinder- und Jugendbeteiligung in Schleswig-Holstein enthält als auch erste Möglichkeiten der Beteiligung eröffnet.

Weiterhin wird in diesem Themenfeld der erstmals landesweit einheitliche Wahltermin aller Kinder- und Jugendbeiräte am 20. November 2017 wichtig sein. Der Landesbeauftragte wird sich an den Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit für diesen Termin beteiligen.

Das Engagement im Bereich der Bürgerbeteiligung soll ausgebaut werden, indem zum einen eine landesweite Veranstaltungsreihe unter dem Arbeitstitel „Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung?“ in der zwei-

ten Jahreshälfte 2017 durchgeführt werden soll. Zum anderen soll mit dem *Offenen Kanal Schleswig-Holstein* die Idee eines kommunalen Bürgerbeteiligungspaketes umgesetzt werden, das Kommunen bei der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Bürgerbeteiligungsvorhaben unterstützt.

3.4 Extremismusprävention

Es gehört zum Kern der politischen Bildung, einen Beitrag zur Prävention jeglicher Formen von Extremismus zu leisten. Neben das große Aufgabenfeld des Rechtsextremismus ist in den vergangenen Jahren die Prävention gegen religiös begründeten Extremismus getreten. Außerdem bildet das Phänomen des Rechtspopulismus ein wichtiges Aufgabenfeld, da die Übergänge zum Rechtsextremismus fließend sind. In jedem dieser Felder liegt der originäre Beitrag der politischen Bildung in der primären Prävention.

Der Landesbeauftragte für politische Bildung versteht sich als Akteur im Bereich der *primären* Extremismusprävention. Die sekundäre und tertiäre Prävention wird von anderen, eigens dafür qualifizierten und ausgestatteten Akteuren wahrgenommen. Im Bereich Rechtsextremismusprävention ist der Landesbeauftragte Mitglied des Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus Schleswig-Holstein und stimmt seine Aktivitäten mit der *Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein* und den *Regionalen Beratungsteams* ab. Der Landesbeauftragte ist Partner der Fachstelle für *Demokratiepädagogik im Projekt Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* und hat im November 2016 zwei Fortbildungen für Lehrkräfte in diesem Projekt inhaltlich gestaltet und finanziell unterstützt. Die FSJlerin beim Landesbeauftragten für politische Bildung bietet darüber hinaus ab Februar 2017 zweistündige Workshops zum Thema „Alltagsrassismus“ an, die von Schulen direkt beim Landesbeauftragten kostenlos gebucht werden können. Außerdem ist der Landesbeauftragte Mitglied der *Arbeitsgemeinschaft Rechtsextremismus der Bundeszentrale für politische Bildung*. Im Bereich des religiös begründeten Extremismus kooperiert der Landesbeauftragte eng mit dem Landesprogramm *PROvention*, beschränkt aber auch hier seine Aktivitäten auf den Bereich der primären Präven-

tion. So hat der Landesbeauftragte gemeinsam mit *PROvention* und der *Türkischen Gemeinde Schleswig-Holstein* im Oktober 2016 einen Fachtag an der *Hanse-Schule* in Lübeck zum Thema „Islam in den Medien“ veranstaltet. Anlässlich des zweiten Jahrestages des Attentates auf die französische Satirezeitschrift *Charlie Hebdo* im Januar 2017 richtete der Landesbeauftragte in Kooperation mit der *Deutsch-Französischen-Gesellschaft Schleswig-Holstein* und der *Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein* eine Diskussionsrunde zum Thema „Warum radikalisierten sich Jugendliche für den Dschihad?“ aus. Das Schlusswort der Veranstaltung sprach der französische Botschafter in Deutschland, S. E. Philippe Etienne.

Das Phänomen des Rechtspopulismus bildet eine grundlegende Herausforderung für die politische Bildung. Im November 2016 hat in Reinbek ein von *Tribüne e. V.* organisierter Diskussionsabend zum Thema „Wie umgehen mit den Rechtspopulisten?“ stattgefunden, bei dem der Landesbeauftragte mit einem Vortrag und als Diskussions Teilnehmer mitgewirkt hat. Neben Vortragstätigkeiten stellt der Landesbeauftragte verschiedene aktuelle Publikationen zum Thema Rechtspopulismus in seinem Online-Shop bereit.

Im März 2017 wird der Landesbeauftragte an einer Diskussionsveranstaltung zum Thema Rechtspopulismus an der Leuphana Universität Lüneburg teilnehmen. Ab April 2017 ist der Landesbeauftragte Schirmherr einer Ringvorlesung mit dem Titel „Populismus und Extremismus in Schleswig-Holsteins Vergangenheit und Gegenwart“ an der *Europa Universität Flensburg*. Außerdem wird der Landesbeauftragte die für Oktober 2017 geplante Tagung „Odin mit uns! – Wikingerkult und Rechtsextremismus“ (Arbeitstitel) in Sankelmark als Kooperationspartner unterstützen.

3.5 Digitalisierung und Medienkompetenz

Je mehr sich die Lebenswelten vor allem junger Menschen um die digitale Sphäre erweitern, desto mehr digitale Angebote der politischen Bildung müssen verfügbar sein. Einerseits ist das Angebot der politischen Bildung um digitale Formen zu erweitern, andererseits umfasst politische Bildung im Digitalen auch immer die Aufklärung über das Medium selbst. Politische Bildung meint in diesem Zusammenhang immer auch die Vermittlung von Medienkompetenz.

Im Mai 2016 hat der vom Landesbeauftragten geförderte 17. *Jugendpressefrühling* stattgefunden. Während des *Jugendpressefrühlings* eignen sich medienaffine Jugendliche im Rahmen eines viertägigen Workshops gemeinsam journalistisches Knowhow an und produzieren ihre eigenen Inhalte. Neben den klassischen Formaten Zeitung, Fernsehen, Film und Magazin wurden auch ein Podcast und eine Website redaktionell betreut. Dabei wurden in allen Bereichen auch Themen der politischen Bildung behandelt. Der *Jugendpressefrühling* leistet einen erheblichen Beitrag zur Steigerung der Medienkompetenz der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, da durch die eigene Produktion ein sehr tiefgehendes Verständnis des jeweiligen Mediums erreicht wird. Diese Kenntnisse tragen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Anschluss an den *Jugendpressefrühling* auch in ihr jeweiliges Umfeld und nehmen so eine wichtige Multiplikatorenfunktion wahr. Durch die Teilnahme von professionell tätigen Journalisten aus allen Bereichen besteht darüber hinaus für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit, Ratschläge einzuholen und Kontakte zur Medienwelt knüpfen.

Weiterhin hat der Landesbeauftragte an Tagungen, Netzwerktreffen und Workshops zu den Themen Digitalisierung und Medienkompetenz teilgenommen bzw. diese organisiert. Im September hat der Landesbeauftragte im Rahmen des „Medienkompetenztages 2016“ einen Workshop zu „Politische Bildung mit Medien“ geleitet. Dort wurde von der *Aktion Kinder und Jugendschutz Schleswig-Holstein* die Online-Partizipationsplattform *opin.me* vorgestellt, die verschiedene Online-Tools zur Beteiligung allgemein, vor allem aber für Kinder- und Jugendbeteiligung bereithält. Weiterhin wurde durch die *Deutsche Kinder- und Jugendstiftung* die Online-Plattform *jugend.beteiligen.jetzt* vorgestellt, die Informationen, Online-Tools und Best-Practice-Beispiele aus dem Bereich der digitalen Kinder- und Jugendbeteiligung ebenso versammelt wie Unterstützungsmöglichkeiten für konkrete Projekte. Außerdem hat der *Offene Kanal Schleswig-Holstein* sein Teilhabeset vorgestellt, das eine Kombination aus analogen und digitalen Angeboten der Bürgerbeteiligung umfasst.

Das Thema Digitalisierung und Partizipation wurde auf der im Rahmen der „Mediatage Nord 2016“ vom Landesbeauftragten konzipierten und durchgeführten Tagung zu „Mehr Digitalisierung – Mehr Beteiligung?“ im Oktober fortgesetzt. Dort wurden in zwei Themenblöcken digitale Beteiligungsmöglichkeiten diskutiert. Ein Themenblock hat sich der di-

digitalen Bürgerbeteiligung in der Kommune gewidmet und dort anhand der Beispiele *Wedel will's wissen* und *Liquid Friesland* Potentiale und Grenzen digitaler Partizipation diskutiert. Im zweiten Themenblock wurden einerseits die Möglichkeiten von institutionalisierten und offeneren Formen der Kinder- und Jugendbeteiligung diskutiert. Im Zentrum stand die Frage nach jugendadäquaten Formen der digitalen Beteiligung im kommunalen Nahraum. Andererseits wurden die Plattform *opin.me* vorgestellt, die verschiedene Werkzeuge umfasst, die Beteiligungsprozesse unterstützen können. An beiden Diskussionen haben sich auch Vertreterinnen und Vertreter von mehreren Kinder- und Jugendbeiräten in Schleswig-Holstein beteiligt und ihre Perspektiven und Positionen eingebracht.

Im Jahr 2016 wurde der Internetauftritt des Landesbeauftragten für politische Bildung neu gestaltet. Die neue Website ging am 7. Dezember 2016 online. Sie entspricht aktuellen technischen Standards, ist responsiv und umfasst ein für die Nutzerinnen und Nutzer komfortables Shop-System. Weiterhin bietet sie über den Bereich der Infothek die Möglichkeit, digitale Bildungsangebote zur Verfügung zu stellen.

Zukünftig soll das Engagement im Bereich der Digitalisierung und Medienkompetenz ausgebaut werden. Die Kooperation des Landesbeauftragten mit dem Projekt Jugendpressefrühling wird auch zukünftig fortgesetzt.

Darüber hinaus sollen 2017 gemeinsam mit dem *Referat Rechts- und Grundsatzangelegenheiten der Jugendhilfe, Jugendpolitik, Jugendförderung, Kinder- und Jugendschutz*, der *Aktion Kinder- und Jugendschutz Schleswig-Holstein*, dem *Kinder- und Jugendbüro Itzehoe* und anderen Kooperationspartnern an unterschiedlichen Modellprojekten verschiedene digitale Beteiligungswerkzeuge erprobt werden. Außerdem werden diese Werkzeuge in bestehenden Beteiligungsstrukturen vorgestellt. Darüber hinaus soll eine App zur Beteiligung umgesetzt werden, die sich vorrangig an Kinder und Jugendliche richtet, aber auch von Kommunen, die Beteiligungsverfahren für junge Menschen planen, genutzt werden kann. In der App sollen Gründe und Argumente für Kinder- und Jugendbeteiligung, Informationen zur Rechtslage in Schleswig-Holstein sowie unterschiedliche Umsetzungsmöglichkeiten enthalten sein. Darüber hinaus soll sie bereits erste Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche umfassen.

Im Vorfeld der Landtagswahl in Schleswig-Holstein sind vielfältige digi-

tale Bildungsangebote geplant, die die Bürgerinnen und Bürger auf die Wahl aufmerksam machen und über sie informieren sollen. Neben dem *Wahl-O-Mat* (siehe Kapitel 4) sind verschiedene Erklärfilme sowie Interviewvideos mit den Spitzenkandidatinnen und -kandidaten geplant, die über die Infothek der Homepage und die Sozialen Medien verbreitet werden sollen.

3.6 Europäische und internationale Politik

Angesichts einer globalisierten Welt und der Verflochtenheit deutscher Politik in die Strukturen der Europäischen Union kann politische Bildung sich nicht auf nationalstaatliche Themen beschränken, sondern muss sich ebenfalls mit der europäischen und internationalen Politik befassen. Der hohe Wert eines friedlichen Europas, die kulturelle Vielfalt des Kontinents und die Bedeutung offener Grenzen für unser Zusammenleben muss in politischen Bildungsangeboten verständlich und erfahrbar gemacht werden.

Im vergangenen Jahr war der Landesbeauftragte Kooperationspartner verschiedener europäischer Jugendbegegnungen. Im August 2016 wurde eine russisch-litauische Jugendgruppe unterstützt, die in der *Nordsee Akademie* zu Gast war und an einem Tag auch das Landeshaus besichtigte. Ebenfalls im August 2016 wurde die einwöchige deutsch-polnische Sommerschule „Europa auf der Spur: Vielfalt – Einheit – Integration“ der *Akademie Sankelmark* unterstützt.

Darüber hinaus war der Landesbeauftragte für politische Bildung 2016 Kooperationspartner bei *Model United Nations Schleswig-Holstein*. Dabei handelt es sich um ein groß angelegtes Planspiel zu den Vereinten Nationen. *Model United Nations Schleswig-Holstein* soll Wissen vermitteln, Interesse an gesellschaftlichem und politischem Engagement wecken und den Teilnehmerinnen und Teilnehmern spielerisch internationale Politik näher bringen.

Perspektivisch sollen die Aktivitäten des Landesbeauftragten für politische Bildung im Bereich der europäischen und internationalen Politik ausgebaut werden. Neben der Verstärkung der Kooperationen für Begegnungen junger Europäerinnen und Europäer werden Veranstaltungen und Projekte angestrebt, die Europa und die Politik der Europäi-

schen Union sowie globale Phänomene aufgreifen. So ist bereits im Rahmen der von der *Europa-Union Schleswig-Holstein e. V.* geplanten *Europawoche* im Mai 2017 eine Veranstaltung zur Situation in Frankreich nach den Wahlen vorgesehen. Die Kooperation mit *Model United Nations Schleswig-Holstein* wird auch 2017 fortgesetzt und soll intensiviert werden.

3.7 Landeskunde Schleswig-Holstein und nationale Minderheiten

Eine wichtige Aufgabe der politischen Bildungsarbeit in Schleswig-Holstein besteht darin, die Besonderheiten des Bundeslandes aufzugreifen und zu vermitteln. Zentral ist hier, dass Schleswig-Holstein das einzige Bundesland ist, in dem mit der friesischen Volksgruppe, der dänischen Minderheit und der Minderheit der deutschen Sinti und Roma drei anerkannte nationale Minderheiten leben. Diese und weitere schleswig-holsteinische Besonderheiten gilt es in den Bildungsangeboten des Landesbeauftragten aufzugreifen.

Der im Mai 2016 gemeinsam mit *Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.* in Heide durchgeführte Vortragsabend zu „Schleswig-Holstein im Kalten Krieg“ griff die Auswirkungen des Ost-West-Konflikts für Schleswig-Holstein auf. Nach dem Vortrag von Prof. Dr. Michael Ruck von der Europa-Universität Flensburg und anschließender Aussprache wurde die Ausstellung „Der Kalte Krieg. Ursachen, Geschichte, Folgen“ im Kreishaus in Heide eröffnet.

Außerdem hat zum dritten Mal seit 2014 das gemeinsam mit dem *Grenzverein*, der *Nordsee Akademie* und weiteren Trägern durchgeführte deutsch-dänische Jugendparlament stattgefunden. Jeweils 50 Jugendliche aus der deutschen und dänischen Grenzregion sind in den Sommerferien 14 Tage in einem Trainingscamp zusammen und entwickeln dort Projekte zur Verbesserung und vor allem zur Entnationalisierung des deutsch-dänischen Zusammenlebens. Die von den Jugendlichen entwickelten Projekte wurden im Rahmen der Abschlussveranstaltung auf Schloss Schackenborg bei Mögeltondern mit aktiven deutschen und dänischen Politikern, Landtags- und Folketingsabgeordneten präsentiert.

Mit der Broschüre „Nationale Minderheiten und Volksgruppen in Schleswig-Holstein“, die „Informationen und Selbstverständnisse“ der Minderheiten und Volksgruppen in Schleswig-Holstein und auch der deutschen Minderheit in Nordschleswig versammelt, ist im Februar 2017 ein bereits von der früheren Landeszentrale für politische Bildung initiiertes Projekt beendet worden. Im Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der Minderheiten hat der Autor Frank Lubowitz Basiswissen zu den Strukturen und Organisationsformen der Minderheiten zusammengestellt. Außerdem vermittelt die Broschüre historische Entwicklungslinien sowie kulturelle Äußerungsformen der Minderheiten. Auch zukünftig werden die landeskundlichen Inhalte ihren festen Platz im Bildungsangebot des Landesbeauftragten für politische Bildung haben. Als Ausdruck der genannten Besonderheiten Schleswig-Holsteins ist eine Übersetzung des *Wahl-O-Mat* zur Landtagswahl 2017 in die Minderheitensprachen Dänisch und Friesisch vorgesehen.

4. Projekte und Aktivitäten zur Landtagswahl 2017

Die Landtagswahl am 7. Mai 2017 bildet den Anlass für eine Intensivierung der politischen Bildungsangebote. Der Landesbeauftragte für politische Bildung wird zur Landtagswahl fünf Projekte anbieten: das Projekt *jung & wählerisch*, den *Wahl-O-Mat*, erstmalig den *Wahl-O-Mat zum Aufkleben*, flächendeckend für alle Schulen die *Juniorwahl* sowie das Angebot von Diskussionsrunden in Kooperation mit dem *Verband politischer Jugend*.

4.1 jung & wählerisch

Das Schulprojekt *jung & wählerisch* wird vom Landesbeauftragten zum vierten Mal seit 2012 im Vorfeld einer Wahl angeboten. Im Projekt kommen Studierende als Teamer mit Erstwählerinnen und Erstwählern ins Gespräch, um aktuelle Themen der Landespolitik und die Landtagswahl selbst zu diskutieren. In den 90-minütigen Veranstaltungen können die Schülerinnen und Schüler ohne Anwesenheit der Lehrkräfte in einer offenen Gesprächssituation ihre Fragen stellen. Zum Einsatz kommen unterschiedliche Methoden, beispielsweise werden Kandidatinnen und Kandidaten als „Telefon-Joker“ angerufen. Insgesamt wird es ca. 100 Veranstaltungen an allen weiterführenden Schulformen im gesamten Bundesland geben.

4.2 Wahl-O-Mat

Der Landesbeauftragte für politische Bildung setzt in Kooperation mit der *Bundeszentrale für politische Bildung* und dem *Landesjugendring Schleswig-Holstein e. V.* erneut das erfolgreiche Online-Tool *Wahl-O-Mat* ein, um die Bürgerinnen und Bürger über die anstehende Wahl, wichtige Wahlkampfthemen und die Parteipositionen zu informieren. Der *Wahl-O-Mat* ist eines der bekanntesten Instrumente der politischen Bildung und hat sich seit 2002 als Informationsangebot im Vorfeld von Landtags-, Bundestags- und Europawahlen fest etabliert. Inge-

samt wurde der *Wahl-O-Mat* seither über 47 Millionen Mal genutzt. Zahlreiche Medienpartner haben den *Wahl-O-Mat* auf ihren Websites eingebunden.

Der *Wahl-O-Mat* macht insbesondere jungen Menschen das Thema Politik auf eine leichte und spielerische Weise zugänglich. Er macht auf wichtige Themen des Landtagswahlkampfes aufmerksam und stellt anhand konkreter und nachvollziehbarer Thesen die Unterschiede zwischen den Parteien heraus. Der *Wahl-O-Mat* funktioniert als Frage-Antwort-Tool und bietet darüber hinaus die Möglichkeit, die eigene Position mit den Positionen der Parteien zu vergleichen. Indem die Nutzer und Nutzerinnen bei den einzelnen Thesen „stimme zu“, „stimme nicht zu“, „neutral“ oder „These überspringen“ auswählen und die Parteien die Thesen ebenfalls beantwortet haben, kann der *Wahl-O-Mat* einen Vergleich vornehmen und die jeweiligen Übereinstimmungen mit den verschiedenen Parteien anzeigen.

Die Thesen für den *Wahl-O-Mat* werden von einer Redaktion aus Jungwählerinnen und Jungwählern aus Schleswig-Holstein im Alter von 16 bis 26 Jahren entwickelt. Unterstützt wird die Redaktion von einem Expertenteam aus Politikwissenschaftlern, Journalistinnen und Pädagogen. Gemeinsam mit den Jugendlichen prüfen die Expertinnen und Experten die Thesen auf ihre inhaltliche Stimmigkeit und parteipolitische Ausgewogenheit.

Am *Wahl-O-Mat* zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein können sich alle zur Wahl zugelassenen Parteien beteiligen, sofern sie mit einer Landesliste zur Wahl antreten. Vorgestellt wird der *Wahl-O-Mat* gemeinsam mit den Spitzenkandidatinnen und -kandidaten der im Landtag vertretenen Parteien im Rahmen einer Pressekonferenz im Landeshaus am Dienstag, 4. April 2017, um 11 Uhr.

4.3 Wahl-O-Mat zum Aufkleben

Der *Wahl-O-Mat zum Aufkleben* ist die analoge Variante des *Wahl-O-Mat*, es kommen die gleichen Thesen zum Einsatz. Auch hier besteht eine Kooperation mit der *Bundeszentrale für politische Bildung* und dem *Landesjugendring Schleswig-Holstein e. V.* Die Thesen werden beim *Wahl-O-Mat zum Aufkleben* auf Stellwänden mit Klebepunkten beantwortet, so dass die Verteilung der Positionen innerhalb einer Gruppe

abgebildet wird. Auf dieser Grundlage können Schulklassen oder andere Jugendgruppen die einzelnen Thesen diskutieren und die Verteilung der Positionen reflektieren. Ein individuelles Ergebnis ist aber auch bei dieser Variante durch eine Lochkartenauswertung möglich. Der *Wahl-O-Mat zum Aufkleben* ist ab dem 4. April 2017 in Jugendzentren und Schulen vor Ort.

4.4 Juniorwahl

Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat die flächendeckende Finanzierung des Projekts *Juniorwahl* an allen weiterführenden Schulen zur Landtagswahl 2017 beschlossen (Drs. 18/3424). Das Projekt wird vom Landesbeauftragten in Kooperation mit dem Anbieter *Kumulus e. V.* umgesetzt. Die *Juniorwahl* simuliert die Landtagswahl mit Schülerinnen und Schülern in der Woche vor dem tatsächlichen Wahltermin. Eine inhaltliche Vorbereitung dieser Simulation findet in den Wochen zuvor im Unterricht statt. Das landesweite Ergebnis der *Juniorwahl* wird am 7. Mai um 18 Uhr zeitgleich mit den ersten Hochrechnungen präsentiert.

4.5 Diskussionsrunden in Kooperation mit dem *Verband politischer Jugend*

Im Vorfeld der Landtagswahl wird der *Verband politischer Jugend* Diskussionsveranstaltungen in Schulen organisieren. Der *Verband politischer Jugend* koordiniert die Teilnahme von Nachwuchspolitikerinnen und -politikern der Parteien. Idealerweise soll die Moderation der Veranstaltungen von Schülerinnen und Schülern übernommen werden, ggf. vermittelt der *Verband politischer Jugend* geeignete Personen für die Moderation. Der Landesbeauftragte für politische Bildung unterstützt das Vorhaben des *Verbands politischer Jugend* und wird die Schulen Mitte Februar 2017 durch ein Schreiben auf das Angebot aufmerksam machen.

5. Handlungsempfehlungen

Auf der Grundlage der geschilderten Handlungsfelder der politischen Bildung ergeben sich folgende Handlungsempfehlungen des Landesbeauftragten für politische Bildung:

- Die politische Bildung in den Gemeinschaftsschulen sollte klar in einem Schulfach, das federführend für den politischen Fachunterricht zuständig ist, verankert werden. Nur auf diese Weise kann an den Gemeinschaftsschulen in der Sekundarstufe I die inhaltliche Befassung mit politischen Themen allgemeinverbindlich gewährleistet und mit einem angemessenen Stellenwert im Curriculum berücksichtigt werden.
- Es sollte Kongruenz zwischen universitärer Lehramtsausbildung für die Sekundarstufe I und Fachstrukturen an den Gemeinschaftsschulen hergestellt werden. Lehrerinnen und Lehrer des Faches Weltkunde sind überwiegend durch ein Studium der Geschichte oder Geographie ausgebildet. Es sollte gewährleistet werden, dass die politische Bildung an den Gemeinschaftsschulen von Lehrkräften angeboten wird, die durch ein entsprechendes politikwissenschaftliches und politikdidaktisches Fachstudium qualifiziert sind. Kurzfristig sollten verstärkt politische Fortbildungsangebote für Lehrkräfte des Faches Weltkunde, die kein politikwissenschaftliches Fachstudium absolviert haben, eingerichtet werden.
- In den Kontingentstundentafeln sollten sowohl an den Gymnasien als auch an den Gemeinschaftsschulen Mindestanteile für die jeweiligen Fächer der politischen Bildung festgelegt werden, damit politische Bildung früher und systematisch in der Sekundarstufe I erfolgt.
- Die Lehramtsausbildung für Berufsschulen im Fach Wirtschaftswissenschaft (Profil Handelslehrer) sollte derart reformiert werden, dass politikwissenschaftliche Studienanteile dort entsprechend Eingang finden. Es sollte sichergestellt werden, dass Lehrerinnen und Lehrer, die an Berufsschulen das Fach Wirtschaft/Politik unterrichten, über eine hinreichende politikwissenschaftliche und politikdidaktische Ausbildung verfügen.

-
- Hinsichtlich des *Erlasses zur politischen Bildung an Schulen* sollte evaluiert werden, ob es tatsächlich zu der intendierten Ausweitung von Realbegegnungen mit Politikerinnen und Politikern in Schulen kommt. Aufgrund der im Erlass festgehaltenen Pflicht, derartige Schulveranstaltungen im Zeitraum von sechs Wochen vor einer Wahl an das *Ministerium für Schule und Berufsbildung* zu melden, sollte nach der Landtagswahl 2017 eine gesicherte Datenbasis vorliegen, die eine Bewertung zulässt, ob durch die aktualisierte Erlasslage eine verstärkte Einbeziehung von Politikerinnen und Politikern in Schulen tatsächlich stattgefunden hat. Ggf. sollte durch eine systematische Befragung von Lehrkräften untersucht werden, welche Hürden oder Bedenken hinsichtlich der Einbeziehung von Politikerinnen und Politikern in den Schulunterricht bestehen.
 - Es sollten Instrumente und Mechanismen entwickelt werden, damit die Kommunen stärker auf die Potenziale der Kinder- und Jugendbeteiligung gemäß § 47 f GO aufmerksam werden und die rechtlichen Rahmenbedingungen angemessen umsetzen.
 - Die Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein, die sich mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzen, sollten durch eine planbare und dauerhafte Finanzierung gestärkt werden. Die Gedenkstätten sollten insbesondere in die Lage versetzt werden, in ihrer Region ein Netzwerk zu Schulen aufzubauen, um durch diese Zusammenarbeit mehr Schülerinnen und Schüler zu erreichen.

Impressum

Der Landesbeauftragte
für politische Bildung Schleswig-Holstein

Karolinenweg 1
24105 Kiel

Telefon: 0431 – 988 1646
E-Mail: lpb@landtag.ltsh.de

www.politische-bildung.sh

